

# LINKSDRUCK AKTUELL

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landtag Brandenburg

Januar/Februar 2015 (6./7. Sitzung)

KEINE TOLERANZ GEGENÜBER TERRORISMUS

## Für eine solidarische und weltoffene Gesellschaft



Gedenkminute im Landtag

In unserer ersten Sitzung nach den Attentaten von Paris hat auch der Landtag in Potsdam der Opfer gedacht und Bewertungen wie Schlussfolgerungen diskutiert. Ein gemeinsamer Antrag von SPD, LINKEN, CDU und Grünen fand eine große Mehrheit – wir standen und stehen aktiv an der Seite der drei Millionen Französisinnen und Franzosen, die gegen die Anschläge protestiert und ein klares Bekenntnis zu den Werten ihrer freiheitlichen Republik abgelegt haben. Zugleich sagten wir klar Nein zu einer Instrumentalisierung der Anschläge durch nationalistische und fremdenfeindliche Gruppen.

Die Anschläge von Paris und die konkrete Drohung gegen die Demonstration in

Dresden am 19. Januar sind eine ernste Angelegenheit. Auch in Brandenburg können solche Gewalttaten grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden.

Paris hat gezeigt, dass sich der Terror sowohl gegen weiße Redakteure, muslimische Polizisten und jüdische Supermarkt-Kunden richtet. Weltweit richtet er sich gegen christliche Kirchen, gegen Kurden und Jeziden, gegen muslimische Schülerinnen in Pakistan oder Afghanistan ebenso wie gegen Muslime in Nigeria, Syrien oder Irak.

Terror geht Hand in Hand mit Krieg. Keine Kriege ohne Verachtung des Lebens – das gilt auch für die Militäroperationen,

an denen der Westen beteiligt ist. Die Verachtung des Lebens wiederum ist eine Bedingung des Terrorismus. Aber auch hierzulande wird Hass geschürt, der in Gewaltfantasien mündet. Wo „Lügenpresse“ gebrüllt wird, landen bei Redaktionen wie der FAZ dann Schreiben wie diese: „Ich freue mich schon drauf, wenn in den Nachrichten zu sehen ist, wie ein wütender Mob ihre Redaktion in Brand steckt und sie gelyncht werden“.

Mit einer angeblichen „Islamisierung“ des Abendlandes hat all dies nichts zu tun. Für alle Religionen gilt: Gemordet wird nicht im Geist des Glaubens, sondern eines militanten Fanatismus, der in allen Religionen in der Vergangenheit und Gegenwart zu erleben war. So eint die Gläubigen und Atheisten, dass sie sich dem Humanismus verpflichtet fühlen – und dass sie gemeinsam in der Pflicht stehen, Ursachen und Grundlagen von Fanatismus und Terrorismus zu bekämpfen und ihnen damit die Wurzel zu entziehen. Gut, dass auch in dieser Hinsicht Einigkeit zwischen den demokratischen Fraktionen bestand und besteht. Ich bitte auch Sie um aktive Nächstenliebe.

**Margitta Mächtig**  
Fraktionsvorsitzende



## Bodenspekulation verhindern und regionale Landwirtschaft fördern



Foto: w.r.wagner/pixelio.de

**Landwirtschaftliche Flächen sind in Brandenburg zu Spekulationsobjekten geworden. Wir wollen den ortsansässigen Landwirtinnen und Landwirten den von ihnen bewirtschafteten Boden sichern.**

15 % - Das ist die Steigerungsrate des von der bundeseigenen Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) erzielten Preises bei der Privatisierung von landwirtschaftlichen Flächen allein innerhalb des letzten Jahres. Damit musste pro Hektar dreieinhalb mal so viel gezahlt werden wie noch vor sieben Jahren. Die

Folgen sind fatal: Landwirtschaftsbetriebe sind gezwungen, Pachtflächen zu kaufen, wenn sie sie nicht verlieren wollen. Die Bodenpreise sind so hoch, dass sie aus den landwirtschaftlichen Betriebserträgen nicht mehr finanziert werden können. Boden ist seit der Finanzkrise zum lukrativen Spekulationsobjekt für nichtlandwirtschaftliche Anlegerinnen und Anleger geworden. Und die wollen oftmals schnelle Rendite, interessieren sich aber nicht unbedingt für die Arbeitsplätze, die nachhaltige Flächenbewirtschaftung und die Entwicklung im ländlichen Raum. Ein Stopp des Flächenverkaufs oder wenig-

stens eine Änderung der Privatisierungsgrundsätze muss her, die den heimischen Landwirtinnen und Landwirten ihre Produktionsflächen sichert.

Auf Landesebene möchten wir durch Änderung des Grundstücksverkehrsrechts den ortsansässigen Landwirtinnen und Landwirten die Chance geben, bevorzugt auf Flächen zuzugreifen, die zum Verkauf stehen. Leider unterliegt der Boden denselben Wettbewerbsbedingungen wie jede x-beliebige Handelsware: Wettbewerbsgleichheit, Freizügigkeit und Kapitalverkehrsfreiheit müssen beachtet werden. DIE LINKE hält das grundsätzlich für falsch: Boden ist keine Handelsware, sondern Grundlage für Lebensmittelproduktion und regionale Entwicklung. Aber die vorliegenden Rechtsgutachten zeigen: Wir müssen an einer rechtssicheren Regelung noch weiter arbeiten und dabei auch die Diskussion auf Bundesebene einbeziehen. Diesen Auftrag hat die Landesregierung auf Antrag der Koalition in der Aktuellen Stunde vom Landtag erhalten.



**Thomas Domres**  
Sprecher für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

## Berufsorientierung weiter verbessern

**DIE LINKE will den Übergang für Schülerinnen und Schüler in den Beruf bestmöglich gestalten. Auch so beugen wir fehlenden Fachkräften vor.**

Schule hat nach Vorstellung der LINKEN vor allem einen allgemeinbildenden Anspruch. Aber zunehmend wird es wichtiger, in den Unterricht auch eine gezielte Studien- und Berufsorientierung einfließen zu lassen. Zum einen soll damit für die Kinder und Jugendlichen der bestmögliche Start in das Leben nach der Schule organisiert werden, zum anderen ist bei der Vielzahl an Berufs- und Studienmöglichkeiten eine helfende Orientierung dringend nötig. Nicht zuletzt brauchen die Unternehmen im Land aufgrund des schon einsetzenden Fachkräftemangels jede Fachkraft – allein Ende 2014 waren über 1.300 Ausbildungsstellen nicht

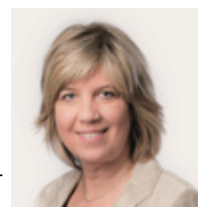
besetzt. Hier besteht daher für DIE LINKE Handlungsbedarf.



Brandenburg hat bereits eine große Zahl an Maßnahmen und Projekten, um die Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler zu erleichtern. Ob das Praxislernen, der Berufswahlpass, der Zukunftstag oder die Initiative Oberschule – jedes Projekt für sich arbeitet erfolgreich. Seit 2009 wurden über 70 Schulen im Land mit dem Zertifikat „Schule mit hervorragender Berufs- und Studienorientierung“ ausgezeichnet. Aber diese zahlreichen Maßnahmen sind unübersichtlich, die

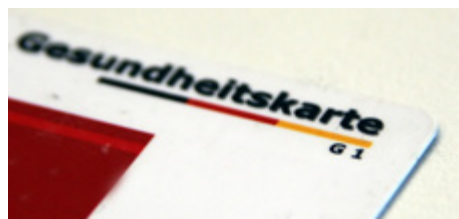
Vielfalt geht oft zu Lasten der Wirksamkeit.

Daher hat DIE LINKE vorgeschlagen, dass die Landesregierung ein Konzept zur systematischen Qualifizierung der Berufsorientierung vorlegt. Damit sollen alle vorhandenen Maßnahmen zusammen betrachtet und nach Verbesserungsmöglichkeiten geschaut werden. Letztlich geht es uns darum, die Projekte noch zielgerichteter zu machen, alle Angebote überschaubarer zu gestalten und so den Schülerinnen und Schülern, aber auch den Lehrerinnen und Lehrern und den Eltern zu helfen.



**Kathrin Dannenberg**  
Sprecherin für Bildungspolitik

## Eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge



**Flüchtlinge können nur auf Antrag zum Arzt. Diese Ungleichbehandlung wollen wir beenden.**

Wer krank ist, geht zum Arzt. Die elektronische Gesundheitskarte macht's möglich. Was für jede und jeden von uns selbstverständlich ist, gilt jedoch nicht für Flüchtlinge. Sie müssen jeden Arztbesuch einzeln bei den Sozialbehörden beantragen. Wir wollen, dass diese Diskriminierung abgebaut und Asylsuchende in

Brandenburg bei Bedarf unkompliziert medizinische Behandlung in Anspruch nehmen können. Vorbild ist das sogenannte Bremer Modell, nach dem Asylsuchende seit 2005 eine Chipkarte erhalten.

Die rot-rote Landesregierung hat bereits in der vergangenen Legislatur erste Weichen gestellt. Als Partnerin konnte die AOK Nordost gewonnen werden, die ein entsprechendes Angebot entwickelt hat. Aber in einem Flächenland gestaltet sich die Einführung der Gesundheitskarte schwieriger als gedacht. Obwohl die kommunalen Sozialbehörden entlastet und der Verwaltungsaufwand reduziert werden soll, gilt es hier noch einige Überzeugungsarbeit zu leisten. Denn in einem Flächenland sind die Kommunen Vertragspartner.

Mittlerweile hat sich der Bund der Problematik angenommen und erwägt eine gesetzliche Lösung. Unser Ziel ist es, dass alle Leistungsempfänger/innen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wie gesetzlich Krankenversicherte behandelt werden. Gesundheitsministerin Diana Golze hat auf der Landtagssitzung noch einmal versichert: Sollte sich keine Lösung des Bundes abzeichnen, dann wird die Landesregierung den Weg einer Vertragslösung mit der AOK Nordost weiter beschreiten. Als Fraktion werden wir sie auf diesem Weg weiter unterstützen.



**René Wilke**  
Sprecher für  
Gesundheitspolitik

## Das Europäische Jahr der Entwicklung 2015

**Die EU hat 2015 zum „Europäischen Jahr für Entwicklung“ erklärt. Die Bürger sollen mehr über Entwicklungspolitik erfahren. Für uns ist das eine gute Gelegenheit, Erfahrungen aus 5 Jahren Rot-Rot einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.**

Seit 2009 gab es nach langem politischen Stillstand einen Neustart in der Brandenburger Entwicklungspolitik. Das ist auch von den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) anerkannt worden. Auch

wenn die CDU meint, ein Bundesland könne entwicklungspolitisch nicht viel bewegen: Wir haben gezeigt und werden auch in Zukunft zeigen, dass das Land das ehrenamtliche Engagement der NGOs wirksam unterstützen kann. Wir wollen die dafür nötige finanzielle Grundausstattung weiter sichern. Die Brandenburgischen Entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage (BREBIT), die schon zum 11. Mal stattfanden, sind ein gutes Beispiel. Entwicklungspolitik ist immer konkret - etwa wenn Brandenburger

Vereine sich engagieren, um die Ursachen von Flucht und Vertreibung vor Ort zu bekämpfen, oder wenn Migranten ihre Erfahrungen vermitteln und damit rassistische Vorurteile abbauen helfen.



**Kerstin Kaiser**  
Sprecherin für Europa-,  
und Entwicklungspolitik

## Für die Erhöhung des Landespflegegeldes

**Um Menschen mit Behinderung mehr Selbstbestimmung und Teilhabe zu ermöglichen, kämpfen wir für eine Anhebung des Landespflegegeldes.**

In der 6. Landtagssitzung am 21.01.2015 fragte die Fraktion DIE LINKE, ob die Landesregierung plant, die Erhöhung des Landespflegegeldes im Doppelhaushalt für 2015/16 zu berücksichtigen.

Beim Landespflegegeld handelt es sich um eine einkommens- und vermögensunabhängige Geldleistung, mit der überwiegend blinde und gehörlose Menschen ihre behinderungsbedingten Nachteile zumindest zum Teil ausgleichen können. Dieses trägt im Sinne der UN-Behindertenrechts-

konvention zu mehr Selbstbestimmung und Teilhabe bei.

Die Sozialministerin Diana Golze bestätigte in ihrer Antwort die Notwendigkeit dieses Vorhabens. Sie bezeichnete die Erhöhung des Landespflegegeldes als eine zu Recht im Koalitionsvertrag beschlossene Forderung und erkannte diese als klaren Auftrag an die Landesregierung an. Sie verwies auf das derzeitige Aufstellungsverfahren des Doppelhaushaltes 2015/16. Den Haushaltsentscheidungen könne nicht vorgegriffen werden. Jedoch warb sie dafür, sich in der Diskussion gemeinsam für eine Erhöhung des Landespflegegeldes einzusetzen. Die Diskussion müsse weitergeführt werden.

Die Fraktion begrüßt die Anerkennung der Forderung als Auftrag an die Landesregierung und drängt auf eine zügige Umsetzung. Gerade weil bundesgesetzliche Regelungen bereits Jahrzehnte auf sich warten lassen, hat das Land Brandenburg alle erdenklichen Möglichkeiten für eine Verbesserung der Lage der Menschen mit Behinderungen auszuschöpfen.



**Diana Baader**  
Sprecherin für  
Gleichstellungs- und  
Behindertenpolitik

## Neue Abgeordnete in unserer Fraktion



**Anke Schwarzenberg übernimmt das Mandat von Christian Görke. Die Maschinenbauingenieurin ist damit neues Mitglied der Linksfraktion.**

Nach dem Beschluss des Brandenburger Landesverbandes der LINKEN sollen Amt und Mandat getrennt sein. Deswegen

legte Finanzminister Görke sein Abgeordnetenmandat nieder. Für ihn rückt Anke Schwarzenberg nach.

Die 1954 geborene Cottbusserin war vor ihrer Abgeordnetentätigkeit Projektleiterin in der Rekultivierung für die Tagebaue Jänschwalde/Cottbus Nord.

Ob als langjähriges Mitglied der Landes- und später Bundesschiedskommission oder als Vorsitzende ihres Ortsverbandes: Anke Schwarzenberg wirkt seit vielen Jahren in der LINKEN mit. Politisch sammelte sie bisher vor allem auf kommunaler Ebene als Kreistagsmitglied und Stadtverordnete Erfahrungen. Mit ihren Fähigkeiten und ihrem Wissen wird Schwarzenberg die Fraktion bereichern und sich als Stadtverordnete in Cottbus weiter für ihre Stadt einsetzen.

### Aktuelle Initiativen der Fraktionen DIE LINKE und SPD

- ◀ **Entschließungsantrag** zum Thema: Solidarität mit Frankreich und den Opfern islamistischer Gewalt - Terror und Hass in jeder Ausformung bekämpfen  
Drucksache 6/461 · angenommen
- ◀ **Entschließungsantrag** zum Thema: Bodenspekulation begrenzen und regionale Landwirtschaft fördern  
Drucksache 6/454 · angenommen
- ◀ **Entschließungsantrag** zum Thema: Asylrecht bleibt gesellschaftlicher Konsens - Abschiebungen möglichst vermeiden!  
Drucksache 6/455 · angenommen

## Mobilität für alle

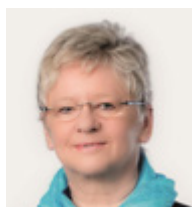


**Die rot-rote Regierung erarbeitet gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern ein neues Mobilitätskonzept für Brandenburg.**

Mobilität ist für alle wichtig und entscheidet maßgeblich mit über die Lebensqualität der Brandenburgerinnen und Brandenburger. Unter den Bedingungen des demografischen Wandels, einer nachhaltigen Entwicklung und des engen Finanzierungsrahmens brauchen wir ein neues Mobilitätskonzept. So haben wir es im Koalitionsvertrag beschlossen. Öffentlich und transparent, unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, werden wir dieses Konzept realisieren. Die Brandenburger CDU hat oft Kritik an der Finanzierung

des Öffentlichen Personennahverkehrs geübt. Dabei ist sie aufgerufen, bei ihrem Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble mehr Bundesmittel einzufordern. Ohne diese Mittel kann es eng werden.

Wir werden auch unter dem Gebot „Von der Straße auf die Schiene“ ein nachhaltiges Verkehrsmittelkonzept für Brandenburg umsetzen.



**Anita Tack**

Sprecherin für Stadtentwicklungs-, Bau-, Wohnungs- und Verkehrspolitik

### KLEINE BITTE ZUM SCHLUSS

Damit sich auch Nachbarn und Freunde informieren können:

**L** nach dem Lesen weiterreichen!



**Die Fraktion bei Facebook:**  
<https://www.facebook.com/linksfraktion.brandenburg>

### IMPRESSUM

#### HERAUSGEBERIN

DIE LINKE Fraktion im Landtag Brandenburg  
Alter Markt 1 · 14467 Potsdam

#### REDAKTIONSGRUPPE

Thomas Rohde (Leitung)  
Telefon: 03 31 / 9 66 15 44 · Telefax: 03 31 / 9 66 15 07  
thomas.rohde@linksfraktion-brandenburg.de

#### PORTRAITS

DIE LINKE LTF BRB / Dominique Prokopy  
**FOTOS** Gedenkminute: DIE LINKE LTF BRB/Rohde; Traktor: w.r.wagner/pixelio.de; Gesundheitskarte: DIE LINKE LTF BRB/Rohde

#### LAYOUT, SATZ, GRAFIK

Döring & Waesch, Perleberg

#### AUFLAGE

5 000 Stück

#### DRUCK

Gieselmann Druck und Medienhaus,

Potsdam-Rehbrücke

#### V.I.S.D.P.

Thomas Domres (MdL), Parlam. Geschäftsführer

Mit dem Smartphone QR-Code einscannen und direkt zur Internetpräsenz der Fraktion gelangen



[www.linksfraktion-brandenburg.de](http://www.linksfraktion-brandenburg.de)